

TANJA GÄBELEIN

NOCH KONSERVATIV ODER SCHON RECHTSRADIKAL?

DER NEURECHTE ANTIFEMINISMUS DER AfD

Es ist eine besorgniserregende Entwicklung: Immer häufiger suchen konservative Gender-Gegner*innen den Schulterchluss mit Akteur*innen der radikalen Rechten. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) balanciert diesbezüglich schon länger auf einem schmalen Grat. Innerparteiliche Machtkämpfe, thematische Heterogenität und bewusste Veruneindeutigung verhinderten bisher eine klare Einordnung der Partei. Mit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms aber hat die AfD eine Grenze überschritten. Ummantelt von konservativer Rhetorik wird hier aus antifeministischen Familienpolitiken und rassistischer Zuwanderungskritik eine antifeministisch-rassistische Bio- und Bevölkerungspolitik, mit der sich die AfD geschlechter- und familienpolitisch in der Neuen Rechten positioniert. Als solche bringt sie radikal rechte Positionen rhetorisch codiert in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein und verschiebt so die Grenze des Sagbaren weit nach rechts. Diese Entwicklung muss im zukünftigen Umgang mit der Partei beachtet werden.

Begriffsklärung vorab: Was heißt hier «Rechtsradikalismus»?

Rechtsradikalismus bedeutet radikale (an die Wurzel gehende) Kritik an der aktuellen Verfasstheit von Gesellschaft und politischem System der BRD von rechts. Konkret sind damit antisemitische, rassistische, (hetero-)sexistische, trans*feindliche, *ableistische*,¹ völkische und autoritäre Einstellungen gemeint, die den Nationalsozialismus als Bezugspunkt nicht zwingend benötigen (wie die Neue Rechte). Dient Letzterer doch und in zentralem Maße als Referenzpunkt, kann von Neonazismus gesprochen werden.

Der Begriff Rechtsextremismus ist als politische Verortung (allerdings) abzulehnen. Geschaffen im Kontext des Verfassungsschutzes der BRD der 1970er Jahre, suggeriert er eine politisch vermeintlich harmlose «Mitte der Gesellschaft» in Abgrenzung zum «extremistischen Rand», der sowohl rechts als auch nach links bekämpft werden müsse.²

1 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN: DIE AfD ALS PARTEI DER NEUEN RECHTEN

1.1 Was genau meint der Begriff Neue Rechte?

Die Neue Rechte ist eine politische Strömung, die sich als Gegenprojekt zur aufstrebenden Neuen Linken Ende der 1960er Jahre gründete und sich dabei zahlreiche linke Strategien aneignete. Mit dem parlamentarischen Scheitern der NPD suchte sie darüber hinaus die Abgrenzung zu dieser

vermeintlich «alten» Rechten, zu ihrem Wirkungsfeld im Parlament, ihrer offenen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und ihrem aggressiven Auftreten.

Die Neue Rechte ist eine strategisch modernisierte Rechte, die neben der eher losen Form der Organisation vor allem das von Linken geprägte Hegemoniekonzept Antonio Gramscis übernahm. So zielt sie auf eine Intellektualisierung des Rechtsradikalismus im Sinne einer Unterlegung unverändert radikaler Inhalte mit vermeintlich rationalen Argumenten in mainstreamfähiger Rhetorik. Es geht dabei vor allem um eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses hin zur Sagbarkeit rechtsradikaler Positionen – um die Erringung kultureller Hegemonie – vermittelt der dann auch die politische Hegemonie erlangt werden soll. Als ihr primäres Handlungsfeld gilt daher die Publizistik und weniger die Parteipolitik. Neben der Berufung auf die «konservative Revolution» der Weimarer Republik und in Ablehnung der 68er-Bewegung und der vermeintlichen «politischen Korrektheit» ist vor allem Henning Eichbergs Konzept des Ethnopluralismus zentral für die Neue Rechte. Anknüpfend an den «ethno-diférencialisme» Alain de Benoists der französischen Nouvelle Droite (der bereits in den 1990er Jahren von Étienne Balibar als «Rassismus ohne Rassen» bezeichnet wurde), ersetzt die ethnopluralistische Ideologie den «Rasse»-Begriff durch jenen der «Kultur». Das Konzept basiert auf der Annahme ethnisch homogener, volksgemeinschaftlicher Gesellschaften, die zwar nicht hierarchisch geordnet seien, zur Wahrung von Identität, Kultur und Frieden jedoch nicht vermischt werden

dürften. In einem starren Freund*in-Feind*in-Schema bestimmt sich die Zugehörigkeit zur Gesellschaft allein über ethnisch-kulturelle Zuordnungen.³

Politisch ist die Neue Rechte ins rechtsradikale Spektrum einzuordnen. Trotz ihrer oft konservativen Rhetorik bleiben die Inhalte völkisch, autoritär und rassistisch. Die Bezugnahme auf die konservative Revolution statt des Nationalsozialismus sowie ihre diskursorientierte Strategie ändern daran nichts.

1.2 Die AfD als Partei der Neuen Rechten

Zahlreiche dieser neurechten Positionen und Strategien finden sich im Grundsatzprogramm der AfD. Dort warnt die Partei eindringlich vor der «Gefahr sozialer und religiöser Unruhen sowie des schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen» und fordert, «der Staat und die Zivilgesellschaft [müsse] die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen». Auch wehrt sie sich vehement gegen das vermeintlich «ideologisch vergiftete[...] Klima der ‚politischen Korrektheit‘». Sie lehnt Multikulturalismus und die emanzipatorischen Errungenschaften der 68er-Bewegungen ab und fordert gar, die vermeintliche «Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus [...] zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte der deutschen Geschichte umfasst». Allein der parlamentarische Raum, in dem die AfD als Partei agiert, scheint nicht ins Bild der Neuen Rechten zu passen – ihre Art, dort vorzugehen, jedoch sehr wohl. Denn auch ohne Teil der Regierung zu sein, schafft es die AfD, öffentliche Diskurse und Politiken anderer Parteien nach rechts zu verschieben.⁴

Die Rechtsverschiebung der AfD selbst basiert auf Entwicklungen, die die Partei seit ihrer Gründung, insbesondere aber seit Beginn der Krise des europäischen Grenz- und Migrationsregimes in Deutschland durchlaufen hat. War der marktradikale Flügel um Bernd Lucke zu Hochzeiten der Euro- und Griechenlandkrise noch medial wie inhaltlich dominierend, setzte mit zunehmender Aufmerksamkeit für die Themen Migration und Asyl 2014/15 eine Diskurs- und Machtverschiebung innerhalb der Partei ein. Diese manifestierte sich unter anderem in einem offenen Brief führender National- und Wertkonservativer in der AfD an Lucke im Vorfeld des Bundesparteitages in Bremen Ende Januar 2015. Die Unterzeichner*innen forderten, die thematische Verengung der AfD auf Eurokritik zugunsten einer ethnopluralistisch begründeten Zuwanderungskritik aufzugeben. Zugleich entstand zudem der radikal rechte «Flügel» im nationalkonservativen Lager auf Basis der «Erfurter Resolution». Sie greift das «angepasste Technokratentum» Luckes an und fordert zum einen, dass es «keine Distanzierung von Pegida [...] gibt, zum anderen, dass die Partei [...] eine echte ‚Widerstandsbewegung‘ bleibt».⁵ Die Auseinandersetzungen führten schließlich zu einem Machtkampf zwischen Lucke und Petry, der im Juli 2015 mit dem Austritt Luckes aus der AfD endete.

Seither kommt es innerhalb des «siegreichen» Flügels der Nationalkonservativen immer wieder zu Unstimmigkeiten zwischen Petry und Höcke aufgrund dessen offen neonazistischer Äußerungen. Die Parteivorsitzende erklärte jedoch, es handele sich um «Fragen des Stils». Es wird also nicht um den rechtsradikalen Inhalt, sondern um die von Petry angestrebte moderate Präsentation gerungen – in einem Kampf zwischen «alter» und Neuer Rechter.

Besonders sichtbar werden die rechtsradikalen Inhalte der AfD in ihren geschlechter- und familienpolitischen Forde-

rungen. Wie aber können rechtsradikale von konservativen Genderpositionen unterschieden werden? Einen sinnvollen Ansatz zur Abgrenzung rechtsradikaler Familien- und Geschlechterbilder wie auch deren Einfluss auf den Anti-Gender-Diskurs bietet Juliane Lang in ihrem 2015 erschienen Aufsatz «Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender».⁶

2 ANTIFEMINISMUS ALS EINFALLSTOR FÜR DIE RADIKALE RECHTE

Ich folge Juliane Langs These, der zufolge die radikale Rechte seit Anfang der 2000er Jahre im «Kampf gegen den Genderismus» ein breit diskutiertes Thema gefunden hat, mit dem sie Anschluss an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs finden konnte.

Radikal rechte Geschlechter- und Familienvorstellungen basieren auf der Grundkategorie rechtsradikaler Ideologien: der Volksgemeinschaft. Das biologistisch begründete Geschlecht funktioniert in dieser Gemeinschaft als sozialer Platzanweiser. Die Geschlechterrollen sind «komplementär entworfen und weisen Aufgaben(-sphären) zu».⁷ Während der Mann für die militärische Verteidigung und Politik zuständig ist, obliegt der Frau die Aufgabe des Erhalts der Volksgemeinschaft durch Reproduktion. Damit sind vor allem das Gebären und die Erziehung möglichst vieler weiß-deutscher Kinder gemeint. Geschlecht wird so zu einer zentralen identitätsstiftenden und ordnenden Kategorie innerhalb der Volksgemeinschaft, deren Auflösung gleichbedeutend wäre mit der Auflösung der Gemeinschaft an sich.

Diese Gefahr steht im Zentrum des radikal rechten Anti-Gender-Diskurses. Ein vermeintlich omnipotenter, staatlicher und/oder hegemonialer Feminismus zerrütete mit seinen gleichstellungspolitischen Maßnahmen das soziale Gefüge der Gemeinschaft. «Weltinnenpolitik und Multikulturalismus», «Umverteilung [...], Atomisierung des sozialen Gefüges, Zerstörung des Leistungsprinzips [und] Gebärstreik»⁸ seien die Folge. In diesem Sinne symbolisiert der Begriff «Gender» – als Gegenbegriff zur Volksgemeinschaft – eine Gesellschaft, in der feste Kategorien und Ordnungssysteme ihre Bedeutung verlieren, in der sich das vormalig klar abgegrenzte «Wir» mit den «Anderen» vermischt und es zu einem allgemeinen gesellschaftlichen Niedergang kommt. Kulminierend im Krisenszenario vom Aussterben des deutschen Volkes wird eine «(Re-)Stabilisierung der traditionellen Gesellschafts- respektive Geschlechterordnung»⁹ eingefordert.

Etwa seit 2013/14 haben christlich-fundamentalistische und konservative Gender-Kritiker*innen den ursprünglich rechtsradikalen Begriff Genderismus übernommen. Damit hat die radikale Rechte Anschluss an die gesamtgesellschaftliche Debatte um Geschlechterverhältnisse im 21. Jahrhundert gefunden. Ideologische Versatzstücke der radikalen Rechten finden sich mittlerweile in zahlreichen Debatten um Geschlecht, Sexualität und Familienpolitik – sei es bei den «Besorgten Eltern», bei Pegida oder im Feuilleton namhafter Zeitungen. Die Basis dessen ist die Annahme der Bedrohung der heterosexuellen Mehrkinderfamilie durch das vermeintlich omnipotente Gender Mainstreaming, flankiert von den Gender Studies als «Instrument der Implementierung von Gender in der Gesellschaft».¹⁰

Wenn es derart viele Überschneidungen zwischen rechtsradikalen und nicht rechten Gender-Gegner*innen gibt, wie können sie dann voneinander abgegrenzt werden? Klar ist: Sie sind geeint im gemeinsamen Feindbild «Gender». Unter-

schiede zeigen sich erst in der positiven Formulierung des eigenen Wertehorizonts. So ist die konservative Gesellschaft pluralistischer als die rechtsradikale Volksgemeinschaft. Während für erstere zunächst die Ablehnung der «Gender-Theorien» wichtig ist, besteht letztere Ideologie auf Abstammung als unumgänglichem Zugehörigkeitskriterium. Außerdem beinhalten radikal rechte Anti-Gender-Positionen immer auch die Verknüpfung der antifeministischen Inhalte mit rassistischen Positionen. Diese Verknüpfung ist für konservative Antifeminist*innen weder notwendig noch typisch.¹¹ Anhand des kürzlich verabschiedeten Grundsatzprogramms der AfD lässt sich zeigen, dass die gender- und familienpolitischen Vorstellungen der AfD inhaltlich klar rechtsradikal einzuordnen sind und nur Rhetorik und Begründungsmuster vermeintlich konservativ bleiben.

3 DIE NEURECHTE GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITISCHE AGENDA DER AfD

3.1 Neurechte Basis: Ethnopluralismus statt «Volksgemeinschaft»

Die Geschlechter- und Familienpolitik der AfD basiert auf «Ehe und Familie [...] als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft, [die] den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt [garantieren]».¹² Diese vermeintlich konservative Losung der «Familie als Keimzelle der Gesellschaft» (die sich in dieser Formulierung übrigens auch in älteren Papieren der Unionsparteien findet¹³), dient der AfD als rhetorische Umschreibung der Familie als Basis der rechtsradikalen «Volksgemeinschaft». Denn wie bereits erwähnt, verfolgt die AfD in zentralem Maße das ethnopluralistische Ideal ethnisch (lies: «rassistisch») reiner Gesellschaften, das aber durch die vermeintliche aktuelle «Masseneinwanderung» bedroht sei. Sie beklagt den vermeintlich schleichenden Bedeutungsverlust von Kultur und Sprache für die deutsche Staatsbürgerschaft und geht im neuen Grundsatzprogramm so weit zu fordern, «den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips (galt bis 2000) wieder einzuführen».¹⁴ Hier zeigen sich erste Tendenzen des angestrebten Ausschlusses von der Volksgemeinschaft, die in Zukunft weiter zu beobachten sind.

3.2 Die «natürliche Gemeinschaft»: Geschlecht als sozialer Platzanweiser

Ähnlich der rechtsradikalen Position funktioniert Geschlecht auch aus Sicht der AfD als sozialer Platzanweiser. So bildet die Familie der Partei zufolge eine natürliche Gemeinschaft, die familienpolitisch unterstützt werden müsse – etwa durch ein Familiensplitting, aber auch durch Beratung und finanzielle Unterstützung in Krisensituationen. Lebensmodelle wie das Alleinerziehen werden von der AfD nur mit einem Verweis auf die «gravierende[n] Nachteile für alle Beteiligten, insbesondere aber für die betroffenen Kinder»¹⁵ toleriert, während homosexuelle Lebensentwürfe im Grundsatzprogramm konsequent ignoriert werden. Denn die Organisation des Zusammenlebens in Form einer heterosexuellen Mehrkinderfamilie ist eine notwendige Voraussetzung für jene «traditionelle[n] Geschlechterrollen», die die AfD stärken möchte. Wie im rechtsradikalen Diskurs setzt auch die AfD auf vermeintlich «naturegegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern».¹⁶ Entsprechend soll die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter gestärkt werden, etwa durch die ideelle und materielle Anerkennung von elterlichen Erziehungsleistungen, die erhöhte Akzeptanz von familienbedingten Erwerbspausen und Teilzeitarbeit sowie der Berücksichtigung der Kinderzahl bei

der Rente. Zugleich fordert die AfD die «Rückkehr zur «Allgemeinen Wehrpflicht» – allerdings nur für die männlichen deutschen Staatsbürger zwischen 18 und 25 Jahren. Während die AfD also eine Stärkung der reproduktiven Rolle der Frau forciert, sollen sich die Männer wieder verstärkt auf eine mögliche Verteidigung des Vaterlandes vorbereiten. Heteronormative Zweigeschlechtlichkeit auf Basis der Lebensorganisation in einer heterosexuellen Mehrkinderfamilie erfüllt so auch bei der AfD eine identitätsstiftende und ordnende Funktion.

3.3 Feindbild im Anti-Gender-Diskurs: Der omnipotente Staatsfeminismus

Weitere Inhalte der radikalen Rechten bringt die AfD mit ihrem anti-etatistischen Bild des omnipotenten Staatsfeminismus in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein. So klagt die AfD über «politische Indoktrination» und «Frühsexualisierung» in der Schule. Dahinter steht der Vorwurf, «[d]as klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll[e] durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch «korrigiert» werden».¹⁷ In rechtsradikaler Manier würde diese Auflösung von Geschlecht die (Volks-)Gemeinschaft nachhaltig schädigen: «Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen [...], die Umsetzung des «Gender-Mainstreaming»-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit».¹⁸ Das Gendern verfolge parallel das Ziel der «Geschlechteraufhebung auch im alltäglichen Sprachgebrauch».¹⁹

3.4 Das Krisenszenario: «Demografische Fehlentwicklung» statt «Aussterben des deutschen Volkes»

Als Resultate dieser vermeintlichen staatlichen Umerziehung habe Deutschland eine zu hohe Rate an Abtreibungen und zugleich die niedrigste Geburtenrate in ganz Europa, die die AfD als «demografische Fehlentwicklung» bezeichnet. Hier zeigt sich die bevölkerungspolitische Ebene der AfD-Familienpolitik, die Alexander Gauland bereits 2014 in der neurechten *Jungen Freiheit* verteidigt hat.²⁰ Verbunden wird sie, und das ist eine neuere Entwicklung in der AfD, mit klar rassistischen Krisenszenarien einer «volkswirtschaftlich nicht tragfähigen [...] Masseneinwanderung» und der daraus folgenden «konfliktträchtigen Multi-Minoritätengesellschaft», die aus ethnopluralistischer Perspektive notwendig den «soziale[n] Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen und die öffentliche Sicherheit [erodiert]».²¹ Waren in früheren Papieren der AfD sowohl der Geburtenrückgang als auch eine Kritik an der vermeintlich zu hohen Einwanderung einzeln für sich vorhanden, verbindet die AfD nun beide Punkte im Slogan «Mehr Kinder statt Masseneinwanderung». Zusammengekommen prophezeit die AfD einen «ethnisch-kulturellen Wandel», dem sie, neben der bereits besprochenen Stärkung heterosexueller Familien, mit einer zynisch formulierten «Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene» begegnen will. Außerdem macht sie sich für eine klassistische Förderung junger Akademikerinnen als Mütter stark, etwa durch Erlassungen der Bafög-Rückzahlungen bei einer Schwangerschaft während des Studiums. Neben Rassismus spielt also auch Klassismus in der Bevölkerungspolitik der AfD eine wichtige Rolle, die aber bisher kaum benannt bleibt. In der konservativen Codierung als «demografische Fehlentwicklung» und «ethnisch-kultureller Wandel» spiegelt sich klar das rechtsradikale Krisenszenario des «aussterbenden deutschen Volkes» in der «Gender-Gesellschaft».

Abschließend wird klar: Die Geschlechter- und Familienpolitik der AfD entspricht in ihren Inhalten klar dem rechtsradikalen Vorbild. Zur Vermittlung dieser Positionen bedient sie sich jedoch einer weniger deutlich rechtsradikalen Sprache. Auf diese Weise codiert, verschiebt sie nach und nach die Grenze des Sagbaren im gesamtgesellschaftlichen Diskurs um Geschlecht, Familie, Sexualität und sexuelle Selbstbestimmung so weit nach rechts, bis auch rechtsradikale Positionen wieder Gehör finden.

4 WAS TUN? ÜBERLEGUNGEN ZU LINKEN GEGENSTRATEGIEN

Wie kommen wir nun von der Analyseebene zurück auf die politische Handlungsebene? Klar ist: Kontextlose Rechtsradikalismus-Vorwürfe an die AfD werden kaum die erwünschte Wirkung erzielen. Nichtsdestotrotz muss die politische Ausrichtung der Partei hin zum immer rechteren Spektrum als solche benannt und problematisiert werden. Nur so kann der definitorischen Rechtsverschiebung des als legitim geltenden Begriffs «konservativ» entgegengewirkt werden. Zur Vermittlung braucht es jedoch sowohl eine passende Form als auch überzeugende Begründungen.

Zu beachten ist zunächst, dass es sich bei der AfD um eine nach wie vor heterogene rechte Sammelbewegung handelt. Die starke Rechtsverschiebung ist ein Prozess, der nicht von allen Mitgliedern getragen wird, wie der Austritt Luckes zeigt. Deshalb können begründete Hinweise auf rechtsradikale bis neonazistische Kräfte Spaltungen innerhalb der Partei forcieren. Wichtig ist dabei aber, über die gefährlichen Tendenzen aufzuklären, statt pauschal alle Mitglieder als Rechtsradikale zu bezeichnen.

Dies gilt auch für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs sowie für politische Parteien. Entgegen neuerer Stellungnahmen von Vertreter*innen von CDU/CSU und SPD darf es nicht zu einer Legitimierung rechtsradikaler AfD-Positionen kommen.²² Deren schleichende Übernahme ist bereits seit Längerem (etwa in Form von immer weiter reichenden Asylrechtsverschärfungen) zu beobachten. Dennoch braucht es statt einfacher Vorwürfe eine sachliche Argumentation zur politischen Einordnung der AfD. Diese muss an Beispielen konkretisiert werden und auch begründen, worin die Problematik derartiger Positionen besteht.

Besondere Beachtung sollte dabei das Geschlechter- und Familienbild der AfD finden, das bisher im öffentlichen Diskurs zumeist unterthematziert ist. Hier hat sich die AfD in besonderer Weise angreifbar gemacht, da sie von der reinen Abgrenzung von konstruierten Feindbildern hin zur Formulierung eines gemeinsamen Wertehorizonts übergegangen ist. Möglich und sinnvoll ist eine systematische Auseinandersetzung mit ihrem Geschlechter- und Familienbild, das die zunächst abstrakten arbeits-, sozial- und steuerpolitischen Forderungen nun in konkrete Umsetzungsszenarien übersetzt: Welche Gesellschaft stellt sich die AfD vor? Wer ist nicht gemeint, wenn sie von «Deutschland» spricht? Welche Einschränkungen und Verbote implizieren die Forderungen? Auf diese Weise lässt sich verständlich und anschaulich zeigen, dass die Forderungen der AfD nur einen sehr kleinen, exklusiven Kreis betreffen.

Parallel zum Aufzeigen des anti-freiheitlichen Geschlechter- und Familienbildes der AfD sollte dem Vorwurf entgegengewirkt werden, Feminist*innen wollten die heterosexuelle Mehrkinderfamilie und das Ernährermodell abschaffen. Hierfür kann der stark verkürzte Care-Begriff der AfD, die

Care-Arbeit zwar aufwerten, aber allein weiblichen Familienangehörigen aufbürden will, angegriffen werden. Es muss klargemacht werden, dass Care ein linksfeministisches Konzept ist, das eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit für alle Geschlechter und den Aufbau der hierfür notwendigen sozialen und arbeitsrechtlichen Infrastruktur fordert. Neben unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit in der Familie geht es also auch um entlohnte soziale Arbeit. Die wichtige und notwendige Debatte um Care muss so von der ideologischen zurück auf die materielle Ebene gebracht werden.

Mit Blick auf die sich nach wie vor rasant verändernden Prozesse im Kontext der AfD ist zugleich eine kontinuierliche analytisch-kritische Begleitung der weiteren politischen Entwicklung der Partei von links notwendig. Interessant bleiben hierbei vor allem die andauernden Kämpfe innerhalb der Partei hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunktsetzung und Radikalität sowie deren Wirkung auf Politik und Gesellschaft. Neben der Verschränkung von Antifeminismus mit Rassismus sollte dabei auch die Verbindung zum Klassismus untersucht werden.

Schlussendlich müssen jedoch auch kritische Antworten auf das von der AfD adressierte gesellschaftspolitische Bedürfnis nach sozialem und politischem Rückhalt gefunden werden. Die Verortung in der Gesellschaft von links ist brüchig geworden. In diesem Sinne stellt sich die Frage: Wie können wir uns aus linker Perspektive eine offene Gemeinschaft vorstellen, die Raum für Zugehörigkeit und (moralischen wie sozialen) Rückhalt bietet und zugleich möglichst wenig exklusiv ist?

Tanja Gäbelein studiert Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und arbeitet in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Antifeminismus, AfD und Neue Rechte.

1 Ableismus ist ein strukturelles Diskriminierungsverhältnis, in dem Menschen als nicht-/behindert konstruiert und kategorisiert werden. Mit dieser Einordnung verbunden ist die Abwertung als behindert konstruierter und die Aufwertung als nicht-behindert konstruierter Personen. **2** Für weitere Kritik am Extremismus-Begriff siehe Burschel, Friedrich: Auf ein Wort. Extremismus, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2. Auflage, Berlin 2012. **3** Vgl. Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden 2015. **4** Diese und alle weiteren Zitate aus dem Grundsatzprogramm finden sich in: Alternative für Deutschland: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.4./1.5.2016. **5** Kemper, Andreas: «... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit sieben Jahren befinden». Zur Differenz zwischen Konservatismus und Faschismus am Beispiel der «historischen Mission» Björn Höckes (AfD), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 2016. **6** Vgl. Lang, Juliane: Familie und Vaterland. Der extrem rechte Diskurs um Gender, in: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktuelle politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld 2015. **7** Lang: Familie und Vaterland, S. 169. **8** Ebd., S. 172. **9** Ebd., S. 175. **10** Ebd., S. 167–181. **11** AfD Grundsatzprogramm, S. 40. **12** Vgl. Präsidium der CSU: Für die Privilegierung von Ehe und Familie, 5.3.2013, unter: www.csu.de/aktuell/meldungen/2013/maerz-2013/fuer-privilegierung-von-ehe-und-familie/. **13** AfD Grundsatzprogramm, S. 26. **14** Ebd., S. 44. **15** Ebd., S. 55. **16** Ebd., S. 41. **17** Ebd., S. 55. **18** Gauland, Alexander: Neues Gleichgewicht, in: Junge Freiheit, 16.8.2014, unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2014/neues-gleichgewicht/>. **19** AfD Grundsatzprogramm, S. 42. **20** Zur SPD vgl. Seisselberg, Jörg: Auseinandersetzung statt Attacke, tagesschau.de, 7.5.2016, unter: www.tagesschau.de/inland/scholz-afd-101.html. Zur CDU vgl. Interview mit Rainer Haseloff, Die Welt, 4.5.2016, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article155022099/Politische-Korrektheit-macht-die-AfD-nur-staerker.html. <https://www.tagesschau.de/inland/scholz-afd-101.html>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 22/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: August 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling